

Spandauer Zeitung

Gesamtwert: 10 Pfennig. 20 Goldmark.
Wochenzeitung. Diese Zeitung kann
die Postkosten für den Ton von
170 Goldmark ausgleichen. We-
itergeht. — Um Seite von
Durchsetzung. Seite, Ver-
merkung bei der Belebung eines
Antrags auf Nachfrage über
Feststellung der Belegschaft.
Dienstag und Dienstag: Schlesisch & Co.,
Spandau. — Der amtierende
Schriftsteller für das Gesamtgebiet
ausgleichlich der Oberbürgermeister
Hans Rohmann, Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden



Gescheit täglich nachmittags
am Ende des Sonn- und spätkleinen Tages.
Gesetzliche: Berlin-Spandau, Neuerstrasse 101.
Telefon: Spandau 1220, 1221, 1226

Regelmäßige Beilegen:
ausgegeben: "Spandauer Blätter", oder
Kl. — "Das der Welt der Zeit" — "Der Reichstag".
Zeitung: "Die sozialen Zustände".

Gesamtwert: Die 10 Pfennig.
Postkosten 20 Goldmark. Für
Spandau 10 Goldmark. Im
wöchentlichen Teil 1 Goldmark. We-
itergeht: 10 Goldmark. Postkosten 15
Goldmark. Diese Zeitung für
die Erhaltung von Gütern an
bestimmten Tagen über Städte.
Gesetzliche: Spandau, Land-
wirtschafts- und Handelsamt 100.
Spandau — Postkosten 100.
Telefon: Berlin 9108, 7, Nr. 2107.

Nummer 28.

Dienstag, den 3. Februar 1925.

32. Jahrgang.

Frankreich und der Vatikan.

Herrichts Kammerfieg. — Abschaffung der päpstlichen Botschaft.

Der Kampf um die französische Botschaft im Vatikan ist noch nicht abgeschlossen. Noch sind keine vier Jahre seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich mit dem apostolischen Stuhl dahingegangen, und schon wieder steht die Frage in Frankreich auf der Tagesordnung, die öffentliche Meinung auf das Lebhafte bewegend.

Im Mai 1921 hatte Ministerpräsident Briand nach Genehmigung der Botschaft durch die französische Kammerherrn Jennart in außerordentlicher Sitzung zum Botschafter beim Vatikan ernannt, ehe die Entscheidung des Senats abzuwarten. Er hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, weil der Krieg die diplomatische Bedeutung des Vatikans sichtlich erhöht hatte und die französischen Interessen in Elsaß-Lothringen, in Marocco, im nahen und fernen Osten nachgezogen, die Unterstützung des Papstes für Frankreich sicherstellten. Die Radikalen hielten, namentlich im Senat, die antisouveräne Forderung hoch, und Sachsen-Doumergue, René Renault und François d'Albert opponierten Briand eifrigste. Dieser ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen und wies auf eine Reihe von Staatsmännern der dritten Republik hin, die ohne Clerical zu sein, lebhaft Beziehungen mit dem Vatikan unterhielten. Briand ist auch heute noch der Ansicht, dass die Aufrechterhaltung der Botschaft im französischen Interesse gelegen ist.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Herriot ist im Gegensatz zu dem geschlossenen Briand ein unverhinderlicher republikanischer Dozent. Er hält aus politischen Gründen, aus Lebhabern des französischen Bischöflichen Senates in Rom, aus der Geschichte der katholischen Kirche, und der Kirche weiß, wo sonst noch kein Material zusammen, um die Aufhebung der Botschaft durchzuführen. In der Kammer ist ihm das auch in der gebrügten Sitzung gelungen, indem er die Vertrauensfrage gegen die von der rechten Seite beantragte Rückeroberung 112 des Artikels neun des Budgets für auswärtige Angelegenheiten an den Haushaltssatz stellte. Die Kammer lehnte den Antrag mit 314 gegen 250 Stimmen ab und stimmte damit der Befestigung der französischen Botschaft beim Vatikan zu. Allerdings hat man aber noch den Senat ein Wort in der Angelegenheit mitzusprechen, ehe sie zum endgültigen Abschluss kommt.

Die Freunde der Botschaft weisen mit Rücksicht auf die Schädigung des französischen Prestiges hin, das überall dort eintreten müsste, wo der römische Einfluss vorhanden und im Wachsen begriffen ist. Sie machen auch darauf aufmerksam, dass der Vatikan bei der Befestigung wichtiger Stellen in Vorderasien die heute schon vorhandenen diplomatischen Schwierigkeiten Frankreichs bedenklich vermehren könnte. Sie übersehen auch nicht, dass ein Teil der italienischen Presse sich heute schon freut, dass Wiederaufnahmen zwischen Frankreich und dem Vatikan vorhanden sind, und Italien den Abbruch der Beziehungen befürchten würde, da es dann die Nachfolgerin Frankreichs beim Vatikan antreten könnte. Aus diesen Gründen verurteilen sie die doctrinäre Haltung Herriots und weisen ihn gegenüber auf den Fürsten von Bismarck hin, der anlässlich der Wiederaufnahme der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan nach dem Kulturlaufen erklärte: „Im Augenblick, wo das Interesse des Landes es verlangt, dass ich mich in Widerspruch mit mir selbst setze, ärgere ich nicht meinen Fettum aufzugeben und meine Hefte zu revidieren.“

Alle diese Argumente sind bisher an Herriot spurlos abgeplatzt. Er will es einfach nicht mehr haben, dass die Aufrechterhaltung der Botschaft im Vatikan Frankreich zum Vorteil gereicht. Der Grundsatz des absoluten Weltlichkeitprinzips steht ihm so tief im Blute, dass er einfach nicht anders kann. Bis in die letzten Tage hinein hatte man angenommen, dass er die Aufhebung der Botschaft deshalb erzwingen wolle, um die französische Zaiengesetzgebung leichter in Elsaß-Lothringen einführen zu können. Nun hat der Staatsrat entschieden, dass das Konkordat in Elsaß-Lothringen zu recht besteht, und Herriot zögerte nicht, in der Kammer dem Beschluss des Staatsrats beizutreten, womit er einen bedeutenden Rückzug antrat. Bei dieser Sache rückte nach Aufhebung der französischen Botschaft im Vatikan ein französischer Vertreter beim apostolischen Stuhl ernannt werden, der die laufenden Angelegenheiten mit Elsaß-Lothringen besorgte. Diese Verhältnisse würden den französischen Ministerpräsidenten, falls der Senat dem Kammerbeschluss beitreten sollte, in eine recht unangenehme Lage bringen. Im Senat hatte vom jenseit ein antipäpstlicher Wind geweht, was sich auch vor 4 Jahren bei der Wiederaufnahme der französischen Botschaft im Vatikan gezeigt hatte. Nachdem dann aber der Schritt gebaut war, stellte sich der Senat auf den Standpunkt, dass das Interesse der französischen Republik bei den lateinischen Völkern und im Orient bei einem Bruch mit dem Magdeburg leiden würde. Der gegenwärtige Senatspräsident de Gobert hatte bei

Die Denkschrift über die Ruhrentschädigung.

Die Angelegenheit der 600-Millionen-Goldmark-Ruhrentschädigungen an die Schwerindustrie des Ruhrgebiets für Ruhrlampen und Ruhrentschäden wird weiter eingehend erörtert. Die Reichsregierung hat sich nunmehr veranlasst, in gelehnt, dazu eine längere Sitzung zu veröffentlichen, in der als wichtigste Tatfrage mitgeteilt wird, dass die im Haushaltssatz des Reichstags seitens der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift zu der Frage der Erholungsfeststellung für die unter dem Münzsystem von der Industrie ausgeführten Reparationslieferungen dem Ausdruck in wenigen Tagen zugehen wird. Sodann wird das Gesetz beschleunigt fertiggestellt und dem Reichstag vorgelegt werden. Bei den Rechtsparteien redet man bestimmt mit der Annahme des Gesetzes, da die Zustimmung des Senats sicher sein dürfte. Demokraten und Sozialdemokraten werden die Vorlage ablehnen und auch eine kleine Gruppe des linken Zentrumsflügels dürfte sich zumindest der Stimme enthalten. Die bisherigen Bedenken des Senats sind durch die Erwagungen zerstreut worden, doch die Zahlungen, wie die Ratifizierung ergibt wird, tatsächlich aus dem Reparationsfonds geleistet sind und die Verweigerung der Erhöhung sowohl das Reich als auch die gesamte Wirtschaft des Ruhrgebiets in eine unabsehbare Katastrofe stürzen würde.

In der halbjährlichen Auslassung wird festgestellt, dass den Antrag zur Auflösung der Entschädigungsfrage ein Schreiben des versorbenen Großindustriellen Stinnes in der Münzangelegenheit vom 6. Oktober 1923 gegeben hat. Das Amtsherr Stresemann hatte bis damals bei der großindustriellen Finanzierung des Reiches eingesetzt und später, als die Sozialdemokratie ihre Verhandlungen erneut aufnahm, durch die Sozialdemokratie ihre Verhandlungen erneut aufnahm, durch die Sozialdemokratie ihre Verhandlungen erneut aufnahm, und zwar erfolgte die Antwort unter dem 12. Oktober durch Dr. Stresemann ausdrücklich im Namen der Reichsregierung.

In einem zweiten Schreiben vom 20. Oktober an Dr. Stresemann stellte Stinnes die Bereitwilligkeit des Zechenverbands fest, die finanziellen Lasten unter der Voraussetzung zu tragen, dass das Reich die Gelder nach Ordnung

der Reichsfinanzen an die Ruhrentschädigungen herübersetze. Um gleichen Tage noch fand in Berlin ein Ministerrat statt, in dem auch das preußische Kabinett durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun vertreten war. Das Ergebnis war — in voller Einigkeit —, dass Stresemann mit dem Bergbau auf Grund der von Stinnes gemachten Vorschläge verhandle.

Diese erweiterten Kabinettssitzung vom 20. Oktober legten zwei durchaus ähnliche Entschließungen vor: eine von den Bergbeamten und eine solche von den Gewerkschaften der Bergarbeiter (Hüfnermann). In der sozialdemokratischen Entschließung wurde in schärfer Form erklärt, dass die Reichsregierung diese finanzielle Garantie für die Ruhrentschädigungen leisten müsse, wenn sich nicht die schwerindustriellen Betriebe einzustellen hätten, wie die endgültige Abschaffung des Ruhrgebiets vom Reich und die Errichtung eines rheinisch-westfälischen Sonderstaates.

Von einer Geheimhaltung dieser Dinge kann, so wird weiter erklärt, keine Rede sein; der damalige Reichsanziger Dr. Stresemann hatte nämlich in öffentlicher Rede in Hagen in Gegenwart und mit Billigung des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Sollmann und des gleichfalls sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun zum Ausdruck gebracht, dass die Reichsregierung es als ihre Pflicht empfand, sobald sie finanziell in der Lage sei, der Ruhrentschädigungsfrage dasjenige zu erzeigen, was sie auf Grund des französisch-westfälischen Friedens an Zahlleistungen geleistet habe. Wenn jetzt behauptet wird, die Regierung habe ohne die gesuchte Grundlage gehandelt, so wird das einmal durch den genannten Dokumenten erfüllt und dann anderer durch die Erinnerung daran, dass ja die dritte Steuernotverordnung der Reichsregierung weitgehende Vollmachten in die Hand gab. Als sich die Finanzlage des Reiches infolge der von niemand in dieser Weise erwarteten Finanzierung besserte, hat Reichsfinanzminister Dr. Luther die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen entsprechend der Höhe der Münzlieferungen gegenüber der Ruhrentschädigungsfrage getilgt.

Übernahme seines Amtes die selbständige Rolle des Senats energisch unterstrichen, und es als seine Aufgabe bezeichnet, das politische Leben der französischen Nation zu regulieren und gegen französische Intrusionen zu sichern. Ob Herriot im Senat eine Mehrheit findet, ist höchst unsicher. Die bereits angegebenen Gründe und der an sich schon vorhandene Widerstand des Senats gegen die Politik Herriots können dazu führen, dass der Senat sich als püppischer erweist, als er tatsächlich ist und sich für die Beibehaltung der französischen Botschaft im Vatikan einsetzt. Jedenfalls ist die Lage noch keineswegs geklärt, so dass die allgemeine Meinung der französischen Politiker in diesen Tagen verständlich erscheint. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Herriot über diese Frage steht und Briand seine Nachfolgerschaft antreibt.

Beamtenkabinett Horion?

Berlin, 2. Februar. (Eig. Mitgl.)

Ministerpräsident Braun hat am Montag seine Bemühungen, ein Kabinett zusammenzubringen, weiter fortgesetzt, ohne jedoch einer Sitzung vorherig gekommen zu sein. Am Abend machte Braun in den interfraktionellen Sitzungen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten Mittelunterlagen über seine bisherigen Versuche und erklärte, dass er seine Bemühungen fortführen werde, da er noch nicht alle Möglichkeiten als erledigt ansiehe. Der Ministerpräsident hatte auch am Abend eine Zusammenkunft mit dem Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei von Campe, um die Sitzungsabsicht seiner Fraktion zu einem Kabinett der Mitte festzustellen. Diese Besprechung ist insofern ergebnislos verlaufen, als Campe erklärt hat, seine Fraktion werde erst am Mittwoch zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über ihre Haltung endgültig zu schließen. Schon jetzt kann gesagt werden, dass die Deutsche Volkspartei ein Kabinett, in dem Sozialdemokraten vertreten sind, keineswegs unterstützen wird. Man glaubt, dass Ministerpräsident Braun seinen Antrag erst am Mittwoch aufzugeben wird, da er seine Bemühungen bis dahin fortsetzen will.

Inzwischen ist der Zentrumspolitiker, Landeshauptmann der Rheinprovinz Horion, von der Zentrumskoalition telegraphisch beauftragt worden, sich nach Berlin zu begeben, um mit ihm die Möglichkeit der Bildung eines Kabinetts unter seiner Führung zu erörtern. In parlamentarischen Kreisen hält man nach dem endgültigen Scheitern eines Kabinetts Braun ein Beamten-Ministerium für die zunächst liegende Lösung. Man glaubt, dass ein derartiges Kabinett auf die Unterstützung der Deutschen Volkspartei, wie auch der Sozialdemokraten wird rechnen können.

Aufwertungsausschuss und Spartenverbände.

Berlin, 3. Februar. (B. D. 3)

Reichswirtschaftsminister Bernhard befürwortete heute im Aufwertungsausschuss des Reichstags die von den Spartenverbänden der Landwirtschaft, Industrie, des Schiffbaus, des Handwerks, des Groß- und Einzelhandels sowie des Bankwesens mitgeteilten Wünsche und verlangte die Anhörung auch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Der Ausschuss behielt sich vor, zu gegebener Zeit darüber zu entscheiden, ob er die Vertreter der Spartenverbände und den Reichsbankpräsidenten zur Auflösung ihrer Ansichten zur Aufwertungsfrage erufen werde. Es folgte die Beratung über einen Entwurf, der die einstweilige Aussetzung von Rechtsstreitigkeiten über die Aufwertung von Vermögensanlagen auf Antrag einer Partei zu lassen will.

Lord Blanesburgh — Bradburys Nachfolger.

London, 3. Februar. Lord Blanesburgh ist als Nachfolger Bradburys zum ersten britischen Delegierten der Reparationskommission ernannt worden. Von nun an wird dem Vernehmen nach, die Anwesenheit der Hauptdelegierten in Paris nur noch zeitweilig notwendig sein.

Das Flugzeugunglück in Staaken.

Flugzeugunglück durch die Decke der großen Filmhalle.

Über das Flugzeugunglück in Staaken (siehe 3. Seite) werden uns bei Redaktionsschluss noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Flugpilot Herr Willemsen, der Flugschule Bornemann fliegte heute morgen gegen 11 Uhr auf dem Flugplatz in Staaken mit einem Dietrich-Gobbel-Sportzweidecker zu einem seiner ersten Alleinstütze auf. Nachdem er eine Anzahl von Kurven gefahren hatte, überflugte sich die Maschine direkt über der großen Zeppelinhalle in etwa 200 Metern Höhe und begann zu stürzen. Willemsen versuchte, den Apparat aufzurichten, was einem gewöhnlichen Flieger durchaus möglich gewesen wäre. Dem Flugpiloten aber gelang es nicht; er stürzte mit dem Zweidecker ab, der das Dach der großen Filmhalle durchschlug und sich mit dem Motor tief in den Zementfußboden der Halle eindöhte, dabei ein Gerüst mit Filzgelebellen herunterreißend. Willemsen selbst wurde von der sofort alarmierten Spandauer Feuerwehr vollständig zermalmt als Totter aus den Trümmern des Apparats herabgezogen. Die neun von dem Gerüst geschleuderten Leute, von denen zwei schwer und sieben leicht verwundet sind, sind nach dem Spandauer Krankenhaus geschafft worden.